

Buchbinder-Zeitung

Organ des Deutschen Buchbinder-Verbandes

Erste Ausgabe
Bezugspreis vierteljährlich 1,50 RM.
ohne Postgebühren. Nur Post-
bezug. Bestellung bei allen Postan-
stalten. Geschäftsstelle Berlin S. 59,
Urbanstr. 63 I. Fernr. 9891 8653.

Abzugspreis
die beigesteuerte Beilage 19 Bl.
für Verbandsmitglieder 60 Bl.
Stellungsangebote 60 Bl., Beramtungs-
angelegenheiten 20 Bl. Der Ab-
zugspreis ist vorher zu entrichten.

Nr. 22.

Berlin, den 26. Mai 1918.

34. Jahrgang.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

Die Verichtskarten für das Statistische Amt (graue Karten) sind in der abgelassenen Woche an die Kassierer der Gane und Zahlstellen verandt worden. Als Stichtag für die Zählung der Arbeitslosen kommt für diesen Monat der 25. Mai in Betracht. Die Verichtskarten sind spätestens bis zum 5. Juni an uns einzusenden.

Sollte die Sendung bis zum 28. Mai irgendwo nicht eingetroffen sein, bitten wir um entsprechende Nachricht.

Der Verbandsvorstand.

Wie kann eine Wohnungskatastrophe verhindert werden?

Wie auf vielen Gebieten des öffentlichen Lebens, so hat auch die volkswirtschaftliche Umwälzung des Krieges mit starkem Druck die Lösung der Wohnungsfrage in den Vordergrund gedrängt. Eine bedrückende Wohnungsfrage für die Zukunft kann deshalb nicht allein darin bestehen, daß der Staat oder die Gemeinde für eine den Bauinteressenten oder sonst geringende Bauordnung sorgt oder durch Wohnungsgesetze allgemeine Richtlinien aufstellt, sondern daß die gesellschaftlichen Faktoren wie das Reich, die Bundesstaaten und Gemeinden hier tatsächlich durch Schaffung von guten Kleinwohnungen vorbildlich und preisbestimmend eingreifen. Im Zusammenhang mit dem gehört auch die Einschränkung der Terrains- und Häuser speculation durch Freigabe oder Expropriation (Enteignung) von Bauland, Erschließung von Baugeländen und Darlehen von billigen Baugeldern, wobei die Baugenossenschaften zu bevorzugen wären. Wie aus Einzelbeispielen ersichtlich, liegt es sehr nahe, daß auch die Bundesstaaten und Gemeinden unmittelbar durch Eigenbetrieb derartige Wohnungen selbst bauen können und dadurch auf die spekulative Privatbautätigkeit preisregulierend einwirken.

Bei dem voraussichtlich in nächster Zeit im größeren Umfang vor sich gehenden Bau von Kleinwohnungen wird es darauf ankommen, nicht nur notdürftige Wohnungsgelasse herzustellen, sondern Wohnräume zu schaffen, wo Luft, Licht und Sonne leicht Zutritt haben und auch in der Art der Ausgestaltung der Räume die Bewohner mehr mit Lebensfreudigkeit erfüllen. Zu diesem Zweck ist bei der Beschaffung solcher Wohnungen nicht allein Wert auf Kleinwohnungen und Kleinhäuser zu legen, sondern, wie auch von anderer Seite sehr richtig betont wurde, auch begrenzt das Stagengebäude zuzulassen. Nicht das Stagengebäude an sich mit seinem Treppensteigen, mit der größeren Zahl von Wohnräumen und Bewohnern, hat die Mißstände und Abneigung dagegen erzeugt, sondern die beschränkten Wohnungsverhältnisse zum Mietpreis und dabei die Art der Verteilung des zu bewohnenden Flächenraums und wie sonst diese Wohnräume zu den Kulturforderungen bis zur heutigen Zeit ausgestaltet wurden. Für die Mittel- und Großstädte, sowie auch für eine beträchtliche Zahl von Industrieorten wird das Dreietagen- oder Dreitreppenhaus immer seinen Wert behalten. Bei einer örtlichen Dichtigkeit der Bevölkerung durch Mangel an Bauland und im Interesse einer Verringerung der Wohnentfernungen von den Arbeitsstätten wird das Stagenhaus sich sogar zu einer dringenden Notwendigkeit machen.

Bei der Anordnung dieser Wohngebäude wären Hinterhöfe möglichst zu vermeiden, wenn nicht ganz auszuschließen. Das Zulassen von Dach- und Kellerwohnungen ist als gesundheitsgefährlich auf alle Fälle, auch als Notbehelf zu verhindern; denn wir glauben annehmen zu können, daß die „moderne Periode der Höhlenbewohner“ endlich vorüber ist. In den bekannten sittlichen Schäden des Schlafengehens darf auch die Förderung nach Begonnenheiten für Männer und Frauen nicht unbeachtet bleiben. Vor allem sind auch Mietsteigerungen, die sich in den seltensten Fällen und nur begrenzt rechtfertigen lassen, gesetzlich zurückzuweisen, da ja bekanntlich die große Masse der Wohngebäude schon vor dem Kriege gebaut wurde.

Bei der Besprechung der Wohnungsfrage in der bayerischen Kammer im März dieses Jahres machte der Minister Dr. v. Wittreich einige recht bemerkenswerte Ausführungen; er sagte: „Die schon im Friedenszeiten große Bedeutung der Wohnungsfrage ist im Laufe des Krieges außerordentlich gewachsen. In Friedenszeiten wurden in Deutschland alljährlich ungefähr 350 000 bis 400 000 Wohnungen neu hergestellt, davon in Bayern 25 000 bis 30 000. Die Neubautätigkeit in den Städten mit mehr als 15 000 Einwohnern, die 1914 noch 5372 Neubauten aufwies, war schon 1915 auf 2025 gesunken. Seit 1916 ist aber ein starker Rückgang an Wohnungen eingetreten, besonders fehlt es an kleinen und mittleren Wohnungen. Die Entwicklung der Verhältnisse nach dem Kriege kann mit Sicherheit noch nicht vorausgesagt werden, da der Bedarf in den einzelnen Städten noch nicht feststeht. Vor allem sind die zahlreichen kriegsgeleiteten Paare unterzubringen. Dazu kommen die zahlreichen Auslandsdeutschen und die Abwanderung aus großen in kleine Wohnungen infolge zahlreicher Todesfälle und der stärkeren Belastung durch die Steuern und die Kriegsteuerung. Der Bedarf an neuen Wohnungen bis Ende des ersten Friedensjahres wird in Deutschland in den ersten Monaten auf 800 000 berechnet, wovon der weitaus größte Teil auf mittlere und Kleinwohnungen entfällt. Eine halbwegs annehmbare Lösung der Wohnungsfrage bietet einen solchen Berg von Schwierigkeiten, daß man fast verzagen könnte. Deshalb müssen alle beruflichen Faktoren, Staat und Gemeinde, alle Verkehrsträger, die gemeinnützigen Baubereine und Private, zusammenarbeiten, damit wir zu einigermaßen erträglichen Verhältnissen gelangen. — Die Erhöhung des Kostenaufwandes bei der Wohnungsherstellung beträgt 80 bis 100 Proz. Infolgedessen muß möglichst billig und einfach gebaut werden. In dieser Richtung kann noch viel erreicht werden, wenn die Bauten auch künftig gesundheitslichen und wirtschaftlichen Anforderungen entsprechen müssen.“ — Im weiteren wies der Minister auf die Schwierigkeiten der Beschaffung von Baustoffen und des Geldbedarfs hin. Hierzu ist auch von Interesse, wie sich der Kriegsminister v. Hellmuth zu dieser Frage äußerte: er sagte: „Der Antrag der Kammer fordert die Ueberlassung von Leichtbauten und Rohstoffen, die aus dem Heeresbeständen frei werden. Ich glaube, daß diese Leichtbauten, Baracken usw. sich weniger als Ersatz für Wohnungsbauten als für Massenquartiere eignen. Auch ist zu bedenken, daß eine große Zahl von ihnen nur auf ihrem jetzigen Aufstellungsort verwendbar ist, weil ein Abbau und Wiederaufbau an anderer Stelle unwirtschaftlich wäre; dies gilt besonders für die Baracken des Feldheeres. Zudem

hat die Heeresverwaltung selbst großen Bedarf an Unterkunftsmitteln nach dem Kriege zur Unterbringung der zurückkehrenden Truppen und zur Lagerung der hochwertigen Materialien. Was an Baumaterialien entbehrlich ist, soll ohne Schwierigkeiten zur Verfügung gestellt werden.“ Die beiden bayerischen Minister waren offen und ziemlich deutlich!

Wenn dennoch von Seiten der Unternehmer immer wieder auf das Holz- und sonstige Material an den Fronten, in den Unterküsten usw. hingewiesen wird, so muß z. B. das Holz erst herausgerissen und dann gereinigt, lufttrocken, verwendungs- und transportfähig hergestellt werden. Wie von den militärischen Fachleuten allgemein konstatiert wird, ist davon zu Bauzwecken wenig zu gebrauchen. Im übrigen muß das von den Militärbehörden zur Verfügung gestellte Material, wie Holz, Baracken usw. frei von Ungeziefer und auch sonst hygienisch einwandfrei sein. Dazu kommen die Schwierigkeiten des Abtransportes. Von der Seite ist also nur wenig Material zu erwarten; beim mit Steinbrocken, altem Lattenholz und Stacheldraht kann man keine Häuser bauen! Deshalb müssen sich die Baufachleute jetzt eingehender mit der Materialfrage beschäftigen.

Ehr wertvolle Darlegungen sind hierüber in einem Vortrage: „Die Wohnungsfrage und die Aufgaben der Uebergangswirtschaft“ von dem Königk. Bauart Höpfer in Kassel im November 1917 gemacht worden. Danach würden nach dem bekannten Bevölkerungszuwachs vor dem Kriege mindestens für jedes Kriegsjahr 200 000 neue Wohnungen gebraucht sein, also insgesamt 800 000 Wohnungen, die in den acht Jahren der Uebergangswirtschaft nachzubauen wären. Ferner ist die Jahre der Uebergangswirtschaft, wo voraussichtlich nur eine geringere Volksvermehrung in Frage kommt, können auf jedes Jahr 150 000 angenommen werden. Demnach wären in diesem Zeitraum 800 000 + 8 x 150 000 = 2 Millionen Wohnungen zu beschaffen. — Den Geldbedarf für acht Jahre berechnet Höpfer nach den Durchschnittskosten aller zu schaffenden Wohnungen, die auf 8000 M. anzugehen sind, mit 16 Milliarden Mark oder jährlich 2 Milliarden Mark, eine Summe, die auch nach anderen Fachleuten vor dem Kriege für Wohnhausbauten ausgegeben wurde. Den achtjährigen Bedarf an Bauland mit Gartenfläche schätzt er für jede Wohnung auf 300 Quadratmeter, also auf 600 Millionen Quadratmeter oder 60 000 Hektar im ganzen, mit Einschluß der Straßen und sonstigen Freiflächen auf 80 000 Hektar. Ferner den Jahresbedarf an Mauersteinen mindestens auf 5½ Milliarden und 62 Millionen, an Dachsteinen 1 Milliarde, an Zement auf 287 000 Tonnen, an Kalk auf 2½ Millionen Kubikmeter usw. — Ausgeschlossen bei diesen Zahlen ist der Geld- und Baustoffbedarf der Industriebauten und der sonstigen dringend erforderlichen Gebäude, wie Schulen, Krankenhäuser, Verwaltungsgebäude usw. Als selbstverständlich wird hier gelten müssen, daß zum Bau in diesem Zeitraum nicht angeführt werden

Um so nach Lage der Dinge den Bauanforderungen und der Nachfrage nach Wohnungen gerecht werden zu können, wird es die erste Aufgabe der Regierungen sein müssen, ohne Zögern der gesamten Baustoffindustrie wieder die Möglichkeit zu einer regelrechten Tätigkeit zu geben; denn nur dadurch kann der Weg aus dem Abbau und Wiederaufbau einer Wohnungs-katastrophe zu verhindern!

G. Heintz.

Aus unserem Beruf.

Daniel Rindfleisch †. Ja, er suchte seine Opfer nicht nur in der Feldarmee, sondern auch in der Seimarmee, der Gleichmacher Tod. Wiederum hat er einen unserer besten und treuesten Kollegen gepakt, den waderen Kollegen, Daniel Rindfleisch, dessen Name mit in der Jubiläumsliste glänzt und der auch in seiner regen Betätigung auf politischem Gebiet, als Stadtverordnetenvorsitzender und als Geschäftsführer der „Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung“, den Zusammenhang mit seinem Beruf, in dem er schon seit langer Zeit nicht mehr tätig war, und mit seiner Berufsorganisation, der er trotzdem Treue bewahrte, nicht verloren hatte.

Daniel Rindfleisch ist es auch nicht an der Wiege gefangen worden, daß er so eifrig in der Arbeiterbewegung sich betätigen würde, denn er stammte aus Kleinbürgerlichem Hause und hat manchen Strauß mit seinen Eltern auszufechten gehabt. Die davon lange Zeit nicht sehr erbaunt waren, die sich aber schließlich damit ausöhnten, als sie sahen, daß ihr Daniel als tüchtiger Kerl sich bewährte.

In Kiel wird man Rindfleischs Einscheiden besonders schwer empfinden, wo er immer unseren Kollegen ein kluger und hilfsbereiter Berater war. Mögen sie sich an seinem Beispiel ein Vorbild nehmen.

Leipziger Tariffchiedsgerichtsurteile. In einer Beilage zu dem „Mittelungen“ der Zahlstelle Leipzig wird folgendes bekanntgegeben:

„Kollegen und Kolleginnen!

Das Tariffchiedsgericht Leipzig hat am 3. Mai 1918 in zwei verschiedenen, weite Kreise interessierenden freitragigen Angelegenheiten eine Entscheidung gefällt, die wir auf diesem Wege zur allgemeinen Kenntnis bringen.

Im ersten Falle handelte es sich um die Vereinbarung vom 18. März 1918, nach welcher bei Verarbeitung von Klebemitteln mit geringerer Vindkraft ein Zuschlag von 15 Proz. gezahlt werden soll. Die Deckenmacher der Firma E. Hagten wegen Nichtanerkennung der Vereinbarung.

Das Tariffchiedsgericht entschied wie folgt:

In Sachen der Vereinbarung vom 18. März 1918, betr. die Verarbeitung von Gfahleim, stellt sich das Tariffchiedsgericht auf den Standpunkt, daß die Bezahlung der festgelegten 15 Proz. Zuschlag nicht davon allein abhängig ist, ob es sich um Gfahleim handelt, sondern es soll der Zuschlag dann Anwendung finden, wenn tatsächlich feststeht, daß der zur Verarbeitung kommende Gfahleim eine geringere Vindkraft besitzt als der in normalen Zeiten verwandte tierische Knochenleim.

Das Tariffchiedsgericht ist weiter der Meinung, daß es sehr wohl vorkommen kann, daß bei dünnen Stoffen oder Papieren die Schwierigkeiten unerheblich sind, während es bei anderem Material in erheblichem Umfange der Fall sein kann.

Es erwartet deshalb das Tariffchiedsgericht, daß in allen Firmen bei der Prüfung der Frage, ob Schwierigkeiten bestehen, in lokaler Weise vorgegangen wird, um der Vereinbarung vom 18. März 1918 hinngemäß Geltung zu verschaffen.

Der gegenwärtige Streitfall in der Firma E. gilt als erledigt, weil in der Zwischenzeit die Firmenleitung die 15 Proz. Zuschlag bezahlt hat.

Für zukünftige Fälle ähnlicher Natur hält das Tariffchiedsgericht eine Nachprüfung an Ort und Stelle durch beide Vorstehenden für geboten.

Im zweiten Falle handelt es sich um die Berechnung der Teuerungszulagen bei Kalzerinnen, die nach der Vereinbarung vom 24. Mai 1917 einen besonderen Falzzuschlag von 20 Proz. erhalten. Gegenwärtig war es so, daß in manchen Firmen der 20-Prozent-Zuschlag mit in den Lohn eingerechnet wurde und dann die Teuerungszulage zur Berechnung kam, während anderwärts, namentlich dann, wenn es sich um Arbeiterinnen handelte, die mit dem Falzzuschlag in die höhere Teuerungszulagenstufe gekommen wären, der Falzzuschlag als Kriegszuschlag berechnet wurde, der also außerhalb des Lohnes stand. Das Tariffchiedsgericht hatte sich mit der Angelegenheit zu beschäftigen auf Anregung einer Firmenleitung. Es entschied nach reiflicher Prüfung wie folgt:

Der Falzzuschlag von 20 Proz. ist als eine Lohnzulage anzusehen, die bei der Berechnung der Teuerungszulage mit in den Lohn einzurechnen ist.

Wir möchten uns hierzu folgende Bemerkungen gestatten:

Zum ersten Urteil:

Unseres Erachtens ist in der gemeinsamen Sitzung am 18. März d. J. in Leipzig ausdrücklich erklärt worden, daß bei Erlöschemitteln ohne weiteres ein Zuschlag von 15 Proz. erfolgen solle, da sonst jedesmal ein Streit über die geringere Vindkraft entstehen könnte. Und daß dies leicht eintreten kann, ergibt man aus dem Schlußsatz des Leipziger Ur-

teils, wonach das Tariffchiedsgericht in zukünftigen Fällen eine Nachprüfung an Ort und Stelle für geboten hält. Wobin soll das aber führen, wenn immer erst die beiden Vorstehenden des Tariffchiedsgerichts sich auf die Weine machen müssen, um zu entscheiden, ob der Erlöschemittel eine geringere Vindkraft besitzt. Nur bei Hochfeuern sollte nur dann ein Zuschlag eintreten, wenn starkes oder schwierig zu verarbeitendes Papier vorliegt.

Zum zweiten Urteil:

Dies stimmt nicht mit dem überein, was am 24. Mai 1917 mit dem Verbands Deutscher Buchbindermeister vereinbart worden ist. Laut Beschlußprotokoll — siehe „Buchbinder-Zeitung“ Nr. 23 vom 8. Juni 1917 — heißt es diesbezüglich:

„Arbeiterinnen in Zeit- und Akkordlohn erhalten bei einem Wochenverdienst bis 12 M. 2 M., über 12 M. bis 20 M. 4,50 M., über 20 M. 3,50 M.“

Für Handfaltarbeiten werden außerdem 20 Proz. Zuschlag auf die tariflichen Akkordpreise gezahlt.“

Demnach dürfen diese 20 Proz. nicht mit in den Lohn eingerechnet und danach der Teuerungszuschlag berechnet werden, sondern es muß der verdiente Lohn ohne den Falzzuschlag errechnet und danach der Teuerungszuschlag angefügt werden. „Außerdem“ sind dann die 20 Proz. Falzzuschlag zu zahlen.

Was unsere Kollegen aus dem Felde schreiben!

Nikolajew, den 12. April 1918.

Werner Kollege!

Nach unserem Einmarsch in die Ukraine, nehme ich Gelegenheit, Ihnen zunächst darüber zu berichten. Wenn wir erst wieder Standquartiere bezogen haben, schreibe ich etwas über Rumänien.

Am 27. März, mittags 1 Uhr, verließen wir Braila. Das Wetter war recht ungemütlich, wir hatten starken Schneefall und auch ziemliche Kälte. Der Weg führte an der Donau entlang, wo wir doch mit eisigem Wind rechnen mußten. Kurz vor Galatz passierten wir den Sereth. Von den Rumänen war eine Holzbrücke geschlagen, die einen Treffer unserer Artillerie aufwies. Abends 7 Uhr stiegen wir vom Pferde und wurden für die kurze Nacht in einer Kavalleriesajene untergebracht. Ehe wir gefüllt und getränkt hatten, und wir selbst mit Essen und Trinken an uns denken konnten, war es 10 Uhr geworden. Früh 3 Uhr wurde gewacht und 5 Uhr war Abmarsch. Nur sehr flüchtig lernten wir Galatz kennen, doch machte es Braila gegenüber keinen schlechten Eindruck. Ein Teil der Stadt liegt hoch, und kann man den im Tale an der Donau liegenden Stadtteil gut übersehen. Einige schöne Straßen, dann weniger schöne und zwischen schönen Häusern recht ärmliche Hütten, die das Straßenbild unangenehm beeinflussen.

Von Galatz führte uns der Weg nach Keni, das schon in Reparatur liegt. Stundenlang ging es durch Sumpfländereien. Die Rumänen hatten die Straße mit Pfosten belegen müssen, damit sie fahrbar erhalten werden konnte; doch war sie stellenweise recht ausbesserungsbedürftig, unfere Fahrzeugen schwankten bedenklich. In Keni kamen wir gegen Mittag an, lachten ab, wurden am Nachmittag verladen, doch erst am anderen Morgen mit der Bahn nach Odessa befördert. Am 11. März, mittags 2 Uhr, also am 1. Ostertag, erreichten wir Odessa, wie wurden aber nicht ausgeladen. Bis zum 2. April blieben wir auf den Güterbahnhöfen liegen, nur mit dem Unterschied, daß wir von einem zum anderen verschoben wurden. Hier hörten wir auch, daß uns die häßliche Bevölkerung wenig gewogen war. Ich hatte großes Interesse, mich davon zu überzeugen, doch dafür bot sich mir in Odessa keine Gelegenheit. Das einzige Neue für mich wie wohl für alle Kameraden war das Schwarze Meer, welches schon blau vor uns lag. Leute, die das Meer noch nicht gesehen hatten, sammelten Hände voll Muscheln.

Am 2. April, früh 7 Uhr, verließen wir Odessa. Von den Höhen hinter der Stadt blickten wir noch einmal nach dem Häusermeer und dann ging es durch das hügelige Gelände am Schwarzen Meer entlang.

Nachmittag 3 Uhr kamen wir in ein Dorf, in dem Quartiere bezogen werden sollte. Der äußere Eindruck war ausfallend; wir befanden uns in „Annatal“, einem vollständig deutschen Dorfe. Wie groß war unsere Verwunderung, hier tief in der Ukraine, von russischen Dörfern umgeben, Landsleute zu treffen, die ihrem Dialekt nach aus Baden sein mußten. Annatal liegt 2 Kilometer vom Schwarzen Meer an einem See. Die Bevölkerung beschäftigt sich mit der Landwirtschaft. Der Boden ist gut gedüngt wird nicht, der Ertrag ist ungefähr der zehnfache der Kaukasus. Bemerkenswert war die Stellungnahme der Landsleute gegenüber den Bolschewiki, denen sie fast durchgängig feindlich gesinnt sind. Der

Grund liegt darin, weil diese Bauern etwas zu verlieren haben. In nur geringem Maße lernten sie die Herrschaft der Bolschewiki kennen. Nach den Erzählungen der Bewohner wurden einem Bauern 2000 Rubel abgenommen. Pferde benötigten sie auch, dann kamen aber die Deutschen. Im allgemeinen war die Landbevölkerung mit unserem Einmarsch zufrieden und uns mindestens nicht feindlich gesinnt. Zu kaufen gibt es alles, allerdings zu anständigen Preisen. Wir waren in Annatal gut aufgehoben; es gab Brot, von feinstem Weizenmehl gebaden, Schinken, Butter, Speck, Milch, Kaffee, Zucker. Also, wie gesagt, die Bauern kennen keine Not. Und damit verstehen sie auch Preise zu machen. Sie verkaufen nicht einzeln, sondern durch die Genossenschaft.

Am nächsten Tag kamen wir in ein russisches Dorf. Wie groß sind die Unterschiede! Schon der äußere Eindruck ist so auffällig. Im deutschen Dorf sind durchgängig aus Stein gebaute Häuser mit festen Dächern, die russischen Dörfer weisen zum Teil Lehmhäuser oder auch solche aus Stein auf, aber im letzteren Falle sieht das Haus ziemlich roh aus. Die Bedachung ist häufig Stroh oder Zinkblech. Im Inneren sind die Häuser der Deutschen wohllich, wie bei uns, die der Russen höchst einfach.

Am 4. April, mittags 2 Uhr, kamen wir nach Hoffnungsburg, wieder ein durchaus deutsches Dorf. Wir wurden fein aufgenommen: Eier auf Speck, eine Pfanne voll Weizenbrot und auch sonst war noch Speck reichlich genug aufgetragen. In meinem Quartier waren vier Fahrer und 1 Telegraphist mit 4 Pferden. Hier konnte ich auch erfahren, wie lange Zeit die Einwanderung der Deutschen zurückliegt. In Annatal sagte man: „Es ist schon lang her“, hier erklärte man uns, daß die Einwanderungen zur Zeit der Kaiserin Katharina II. erfolgt sein sollen. Die Deutschen haben manche Bedrückung durchmachen müssen. Sitten, Gebräuche, und vor allem die Sprache waren es, auf die es abgesehen war. Dennoch haben diese deutschen Landsleute sich alles erhalten. Jetzt haben die Kinder in der Schule gleichmäßigen Unterricht im Russischen und Deutschen. Als es am nächsten Morgen weiterging, sind wir von Hoffnungsburg ungenügend geschieden. Bierzig Kilometer im Sattel und wir kamen nach Nikolajew. Hier kam ich mit Russen zusammen und erfuhr Näheres über die Taten der Bolschewiki. Doch darüber das nächste Mal, denn morgen früh 54 Uhr brechen wir wieder auf. W. Radner.

Berichte.

Frankfurt a. M. - Offenbach. In einer am 30. April stattgefundenen Festversammlung zum Gedächtnis des Verbandes erklärte der Vorsitzende, Kollege Bindolph, den Zweck der Versammlung und verlas die Namen der Jubilare der Zahlstelle. Es sind dies die Kollegen Drumm, Busch, Ciel, Falke, Gajch, Köhricht, Schmidt und Steinweh, zu deren Ehrung sich die Versammelten von ihren Sitzen erhoben. Er gab sodann den Geschäftsbericht, dem folgendes zu entnehmen war: Eine Verbandslung mit der Firma Rohr u. Weber betreffs Teuerungszulagen wurde mit Zustimmung des Personals erledigt. Der Mitgliederbestand war am Schluß des 4. Quartals 1917: 90 männliche, 127 weibliche. Im 1. Quartal wurden aufgenommen 8 männliche, 5 weibliche, zugereist sind 4 männliche Mitglieder. Ausgeschlossen wegen Rente und ausgezogen 14 männliche und 27 weibliche Mitglieder. Es verblieben am Ende des 1. Quartals 83 männliche und 195 weibliche, zusammen 188 Mitglieder. Der ansteigend große Verlust an Mitgliedern erklärt sich durch die vorgenommene Kontrolle der Kartothek. Das Vermögen der Kassa beträgt 8081,57 M. Nach einem kurzen Kartellbericht des Kollegen Bindolph wurden in Erlebung des 2. Punktes der Tagesordnung die Kollegen Bindolph und Duda zu Vertretern der Zahlstelle in das Kartell gewählt. In seinem Vortrag über den Deutschen Buchbinder-Verband anlässlich seines 25jährigen Bestehens in seiner jetzigen Form gedachte Kollege Finke besonders der Entwicklung der Zahlstelle Frankfurt a. M. Er bedauerte, daß der unselige Krieg uns verhindert, den heutigen Tag festlich zu begehen. In sesselnder Weise schilderte er die Gründung der Krankenkasse der Buchbinder, als deren Vorgängerin der Unterstützungsverein der Buchbindergehilfen in Frankfurt a. M. anzusehen sei. Es war interessant zu hören, welche Kämpfe es kostete, um den Boden zu gewinnen, auf dem der Verband bis zu seiner jetzigen Größe wachsen konnte: Kämpfe mit den Meister, die zum Teil noch im Vorstand des damaligen Unterstützungsvereins saßen, Kämpfe gegen Polizeischützen und Demagogen, welche mit allen Mitteln des Sozialistengesetzes arbeiteten, um die Vereinigung der Gehilfen zu verhindern. Trotzdem im Jahre 1890 das Sozialistengesetz fiel, wurde dem Verein noch ein Jahr später die Aufnahme weiblicher Mitglieder verboten. Als auf dem Verbandstage in Frankfurt a. M. im Jahre 1897 die Um-

wandlung des Verbandes beschlossen war und man mit einer Grundlage für die Entwicklung des Verbandes rechnen konnte, waren es die Kämpfe um die Organisationsform, die hemmend wirkten. Und trotz alledem ist es vorwärts gegangen. Erst der Weltkrieg war imstande, die Entwicklung des Verbandes aufzuhalten, aber nur auf kurze Zeit, denn trotz des Krieges marschieren wir. Am Schlusse seines Vortrages gedachte der Heber unserer Toten, namentlich unseres untergegangenen Kollegen Dietrich. Mit dem Gelübnis unüberbrücklicher Treue zum Verband schloß Kollege Hinjche seinen mit reichem Beifall aufgenommenen Vortrag. Kollege Windolph ergänzte in einem kurzen Rückblick die Ausführungen des Vortragedners und schloß, nachdem noch die Versammlung dreier Jubilare: Hinjche, Windolph und Freijche, gedachte, die durch unerschulderte Umstände leider nicht in den Reihen der obengenannten Jubilare stehen, die Versammlung.

Leipzig. Am 14. Mai hielt die Jahrestelle ihre ordentliche Generalversammlung ab, die sich eines verhältnismäßig guten Besuchs erfreute. Der Bevollmächtigte Kollege Wienide berichtete über das Ergebnis der Organisationsstätigkeit für das vergangene Quartal. Danach ist dieses Ergebnis wieder als ein recht erfreuliches zu nennen. Es gelang der Organisation wiederum 361 neue Mitglieder zuzuführen, so daß der gegenwärtige Stand die Zahl von 4402 Mitglieder erreicht hat. Davon sind 1051 männliche und 3351 weibliche Mitglieder.

Wienide berichtet weiter über die Tätigkeit der Ortsverwaltung als solche, deren Arbeit eine recht reichliche war, weil neben den Organisationsgeschäften auch in bezug auf die Versorgung mit Lebensmitteln für die Mitglieder mehr denn je getan wurde. Auch für die Tarifkommission habe es hinreichend Arbeit gegeben, denn der Umstand, daß sich noch immer Arbeitgeber finden, die bei der Berechnung der Teuerungszulagen allerlei Schwierigkeiten machen, fordern eben eine regsame Wachsamkeit und ein immerwährendes Eingreifen seitens der Tarifkommission. Kollege Wienide verweist auf die letzten Entscheidungen des Tarifschiedsgerichts in diesen Sachen, führt einige Beispiele an, wie die Berechnung vorzunehmen ist, falls es sich um Paalgerinnen handelt, und erwähnt streng nach den getroffenen Entscheidungen zu verfahren. Dort, wo trotz alledem noch Unklarheit besteht, erwartet er, daß die beteiligten Kolleginnen, denn um solche drehe es sich in der Regel, auf dem Ortsbureau sich Auskunft holen. Er ermahnt in seinen Schlussworten, zu weiterer reger Agitationsarbeit, wie bisher die Einigkeit als das höchste Gut der Arbeiter hochzuhalten, um so die Organisation über die schmerzlichen Wunden, die der Krieg mit sich gebracht habe, hinwegzuhelfen. Den gemachten Ausführungen wird debattelos zugestimmt.

Dem Bericht des Kassierers Kollegen Walther ist zu entnehmen, daß auch die finanzielle Lage der Jahrestelle eine recht vorteilhafte ist. Es hat sich das gesamte Totalvermögen erhöht auf die Summe von 170 561,83 Mk. Die Revisoren berichten, Kasse und Bücher in bester Ordnung gefunden zu haben, und wird deshalb dem Kassierer die beantragte Entlastung erteilt.

Unter Verbandsangelegenheiten und „Verschiedenes“ wird vom Kollegen Schmitz hervorgehoben, daß in der letzten Zeit ein weiteres Steigen aller Preise für Lebensmittel und Bedarfsartikel zu beobachten sei, es müsse deshalb ernstlich die Frage geprüft werden, ob die gegenwärtigen Teuerungszulagen ausreichende seien. Seiner Meinung nach sei das nicht der Fall; er hoffe deshalb, daß die Ortsverwaltung und der Verbandsvorstand sich mit dieser Sachlage baldmöglichst beschäftigen und auch den Mitgliedern Gelegenheit gebe, dazu Stellung zu nehmen.

Kollege Wienide verspricht, die Angelegenheit der Ortsverwaltung vorzutragen.

Sodann findet ein Antrag Annahme, nach dem aus lokalen Mitteln, soweit es möglich ist, Bigarren beschafft werden sollen, damit den auf Urlaub kommenden Kollegen, soweit sie im Bureau vorkommen, ein paar dieser jetzt kostbaren Glimmfengel verabreicht werden können.

Zum Schluß wurde ein Lichtbildervortrag von Direktor Raube, „Ein Rundgang durch Paris“, mit lebhaftem Beifall entgegengenommen.

Internationales.

Schweden. In Anbetracht seines fünfundzwanzigjährigen Bestehens veranstaltete der schwedische Buchbinderverband am 23. März in der Aula der Realschule des Nordens zu Stockholm ein wohlgezieltes Fest. Der Stockholmer Allgemeine Gesangverein führte mehrere Gesänge aus und die Musikkapelle „Fram“ sorgte für die weitere musikalische Unterhaltung. Ein vom Verbandsvorsitzenden verfaßter Prolog wurde von einem namhaften Rezitator vorgetragen. Der Ver-

bandsvorsitzende Albin Weidenhayn hielt die Begrüßungsrede. Er gab einen Ueberblick über den Werdegang des Verbandes und führte aus, daß der Buchbinderverband aus dem Stockholmer Buchbinderverein hervorgegangen sei. Derselbe war die zweite in Schweden gegründete Arbeiterorganisation (an erster Stelle hatten die Buchdrucker 1846 einen Fachverein gegründet) und wurde 1872 ins Leben gerufen. Er umfaßte 63 Mitglieder. Gleich bei der Gründung wurden Forderungen an die Arbeitgeber gestellt. Es wurde einstündige Arbeitszeit und 14 Rikstaler (ein Rikstaler = 1,12 Mark) Wochenlohn verlangt. Nach einigem Zögern und zwei Stunden Streik an einer Arbeitsstelle bewilligten die Meister alles. Nachher führte der Buchbinder-Fachverein sieben Jahre lang ein bescheidenes Dasein. Das einzige Ereignis war die Gründung einer Krankenkasse, wobei sich der Verein faktisch in eine Krankenkasse umgestaltete. Erst 1889 raffte sich der Verein wieder auf und hob für neu eingetretene Mitglieder den Zwang auf, der Krankenkasse beizutreten. Kurz darauf folgte eine Lohnbewegung, wobei — allerdings erst 1899 — 25 Oere Stundenlohn und zehnstündige Arbeitszeit erreicht wurden. Obgleich der Verein aus 112 weiblichen und 125 männlichen Mitgliedern bestand, so wurden doch dem damaligen Zeitgeist entsprechend keine Forderungen von den weiblichen Mitgliedern gestellt; sie waren ja auch zum Teil nicht im Fach beschäftigt, sondern die Frauen der männlichen Mitglieder.

Der Verein, der in politischer Hinsicht neutral war, wurde häufig von den Arbeitgebern beschenkt und stand der sozialistischen Arbeiterbewegung fast feindlich gegenüber. Von bürgerlicher Seite wurde der Verein mehr als Krankenkasse und — Vergnügungsverein betrachtet.

Aber es sollte anders kommen. Im Jahre 1890 wurde von einem Mitglied ein schriftlicher Antrag an den Vorstand gestellt, einen Verband zu gründen. Der Vorstand scheute aber vor den Unkosten der Agitation usw. zurück und lehnte den Antrag ab. Trotzdem machte der Verbandsgedanke Fortschritte und 1892 rief der Vorstand eine Versammlung ein, um die Meinung der Mitglieder zu hören. Sie stimmten für die Verbandsgründung und beauftragten den Vorstand, vorbereitende Maßregeln zu treffen.

Es wurde Fühlung mit den in andern Städten bestehenden Vereinen genommen, und endlich, am 18. März 1893, legte der Vorstand den Mitgliedern die ausgearbeiteten Statuten vor, welche angenommen wurden. Damit war der Verband zustandekommen. Die andern Vereine schlossen sich dem Verband nun an und wurden zu Abteilungen desselben, welcher zuerst 7 Abteilungen mit 356 Mitgliedern umfaßte.

Die erste Aufgabe war nunmehr die Gründung eines Verbandsorgans, und am 29. Juli 1893 erschien die erste Nummer der „Bokbindarnes Fackling“. Zwei Jahre später (1895) trat der erste Verbandstag zusammen, wo beschlossen wurde, eine Reiseunterstützungskasse und einen Arbeitsnachweis zu bilden. Von Streiks wurde abergesehen; dafür sollte aber agitiert werden, daß die Arbeitgeber sich organisiert, damit der Schmutzkonkurrenz Einhalt getan werde. Der Umstand, daß die Stockholmer Abteilung immer noch mit der Krankenkasse fest verbunden war, wurde immer unhaltbarer. Die Krankenkasse riß sich los und wählte ihren eigenen Vorstand (1896). Den alten Mitgliedern, die dem Fachverein noch angehört hatten, und den Frauen der übrigen Mitglieder wurde es gestattet, aus dem Verband auszutreten. Dabei ging aber das Vermögen der Stockholmer Abteilung zu der Krankenkasse über. Den ersten Lohnkampf bestand der Verband in demselben Jahre erfolgreich, wobei 18 Kronen Wochenlohn für Stockholm erreicht wurde.

Im Jahre darauf machte sich ein Oesinnungswechsel bemerkbar. Die alten Mitglieder waren größtenteils ausgeschieden und die jungen waren radikal gesinnt. Auch gegen die Haltung des Verbandsorgans kam eine allgemeine Unzufriedenheit zum Ausdruck und dem Redakteur wurde gekündigt. Außerdem ersuchte der Vorstand den Sozialdemokraten H. Branting, zum 25. Jahresfest der Stockholmer Abteilung eine Rede zu halten, und bei der 1898 erfolgten Vorstandswahl siegte die radikale Richtung vollständig. Der im selben Jahre stattgehabte Verbandstag setzte einen besonderen Verbandsvorstand ein und erhöhte den Jahresbeitrag von 4 auf 6 Kronen für männliche Mitglieder. Zwei erfolgreiche Lohnkämpfe fanden statt, wobei der Lohn in Malmö und Eskilstuna auf 18 Kronen erhöht wurde. Der Verband zählte 573 Mitglieder in 14 Abteilungen. Nun kam 1899 ein rapider Aufstieg. In Stockholm setzte eine Lohnbewegung ein, die nach vierzehntägigem Streik mit einem vollen Sieg endete. Der Lohn stieg auf

23 Kronen für männliche und auf 13 Kronen für weibliche Mitglieder. Die Zahl der Mitglieder war auf 1122 emporgeschwellt. Aber bald folgte der Abstieg; denn nach erfolgter Zulage kehrten viele neue Mitglieder dem Verband den Rücken und 1900 zählte der Verband 223 Mitglieder weniger, aber trotzdem ging es vorwärts. Die Mitgliederzahl stieg wieder. 1901 wurde der erste vollbesoldete Verbandsbeamte angestellt und der Beitrag auf 15 Oere pro Woche für männliche und 7½ Oere für weibliche Mitglieder erhöht.

Im Jahre 1902 erfolgte ein größerer Lohnkampf in Götting. Erst nach 12 Wochen Streik kam es zu einer Einigung, wobei nur die Forderung der Arbeiterinnen voll bewilligt wurde, mit 12 Kronen die Woche. Die Gehilfen erhielten 22 Kronen die Woche. Der Konflikt hatte dem Verband nahezu 30 000 Kronen gekostet und 180 Mitglieder schieden infolge der hohen Extrabeiträge aus. Doch erholte sich der Verband bald. 1905 wurde fast überall die neunstündige Arbeitszeit eingeführt, und ein Landestarif für drei Ortsgruppen mit 24 Kronen Lohn für Gehilfen und 14 Kronen für Arbeiterinnen für Gruppe 1 und je eine Krone weniger für die anderen Gruppen kam an allen größeren Plätzen, mit Ausnahme von Stockholm, Eskilstuna und Götting zustande. In Stockholm wurden schon 1905 ohne Lohnkampf 25 Kronen für männliche und 14½ Kronen für weibliche Mitglieder erreicht.

Die Mitgliedschaft nahm stetig zu; aber infolge eines verfehlten Beschlusses wurden die sich im Rückstand befindlichen Mitglieder weitergeführt, und daher kam es, daß der Verband 1907 1182 bezahlende und 805 nichtbezahlende Mitglieder hatte. Nun wurde der Beitrag auf 35 bzw. 25 Oere die Woche erhöht und ein vollbesoldeter Beamter für Stockholm angestellt. Der deutsche Buchbinderverbandstag und die internationale Konferenz in Nürnberg (1907) wurden durch den Verbandsvorsitzenden Weidenhayn besichtigt.

Nun ging es tapfer vorwärts und der Verband konnte andere sich in Lohnbewegung befindlichen Gewerkschaften finanziell unterstützen.

Die Stockholmer und Eskilstunaer Abteilungen kündigten ihre Tarife im Jahre 1908. Gefordert wurden 30 resp. 20 Kronen Wochenlohn und von 1910 an 51stündige Arbeitszeit. Die Arbeitgeber schlugen es ab. Dann wurde eine neue Basis von 28 resp. 18 Kronen aufgestellt. Zuerst wollten die Arbeitgeber nicht darauf eingehen; aber acht Tage später, am 7. Juli 1910, nahmen sie diese Bedingungen an, verlangten aber, daß die Arbeiter sie ebenfalls gleich annehmen sollten oder sie würden schon am 13. Juli ausgesperrt werden. Die Buchbinder lehnten nun ihrerseits ab und die Aussperrung erfolgte. Fast alle organisierten Arbeiter Schwedens waren damals von der Aussperrung bedroht, was nur durch das Eingreifen der Regierung verhindert wurde. Die Buchbinder mußten aber feiern. Es waren zusammen zirka 600 Mann in Stockholm und Eskilstuna. Nachdem alle Vermittlungsversuche gescheitert waren, kündigten die Arbeitgeber an, die Papier- und Textilarbeiter ebenfalls aussperrn zu lassen, wenn die Arbeit nicht bis zum 24. November aufgenommen würde. Die andern in Frage kommenden Organisationen konnten dieses Opfer nicht auf sich nehmen, und so mußte am 24. November 1908 die Arbeit wieder aufgenommen werden. Dies war die erste große Niederlage, denn der Stundenlohn wurde nur um 2 Oere erhöht und die Feiertagsbezahlung aufgehoben. Der Verband war nun sehr geschwächt und von den 1824 Mitgliedern konnten die meisten die Beiträge nicht bezahlen. Gleich darauf (1909) folgte der Generalstreik, der ungefähr 300 000 Arbeiter umfaßte und woran die Buchbinder mit 3400 Mann beteiligt waren. Nach dessen Beendigung war die Lage des Verbandes trostlos. Das Vermögen von 15 000 Kronen war aufgezehrt und die Mitgliederzahl am Schluß des Jahres 1910 auf 496 in 13 Abteilungen zusammengeschrumpft. Der völlige Zusammenbruch wäre gekommen, wenn nicht die Kerngruppe standgehalten hätte.

Nun hieß es von neuem anzufangen, und auf dem sechsten Verbandstag wurde beschlossen, Mitglieder mit 13 Beitragswochen Rückstand zu streichen und den Verbandsbeamten zu kündigen. Es wurde ebenfalls beantragt, die Zeitung einzuziehen; jedoch wurde davon Abstand genommen, da eine kräftige Agitation betrieben werden mußte. Der Kollege Kloth aus Deutschland war auf dem Verbandstag anwesend und seine Schilderung der deutschen Buchbinderorganisation wirkte anregend und ermutigend. Die nun folgende Zeit wurde der inneren Erstarkung gewidmet. In Lund wurde 9 Proz. Lohnerhöhung bewilligt und der Tuberkulosenfonds kam zustande; aber da der Verband zu tun hatte, seine Schulden zu bezahlen, so sollte das Geld dazu durch freiwillige Zeichnungen, durch Veranstaltungen usw. herbeigeschafft werden.

Nun brach der Krieg aus. In Götting, Stockholm und Eskilstuna hatte man den Tarif gekündigt, aber die Verhandlungen wurden jäh unterbrochen. Auf dem Arbeitsmarkt herrschte eine nervöse Stimmung. Die Arbeitszeit wurde teilweise eingeschränkt und eine Anzahl Arbeiter entlassen. Aber schon im November besserten sich die Verhältnisse und eigentliche Arbeitslosigkeit herrschte nicht mehr.

Der siebente fällige Verbandstag konnte erst 1915 abgehalten werden. Mit Stolz berichtete der Vorstand, daß die Schuld getilgt und 20 000 Kronen Vermögen vorhanden sei. Da die Tarife in den größeren Ortschaften außer Kraft gekommen waren, so war es notwendiger als jemals, einen Reichstarif zu schaffen. Nach viertägigen Verhandlungen mit den Arbeitgebern wurde der Reichstarif am 23. Februar 1916 angenommen. Danach wird ganz Schweden in vier Ortsgruppen geteilt. Für die erste Gruppe — Stockholm mit Vorstädten — gilt der Grundtarif ungekürzt. Für die andern drei Gruppen gilt derselbe Tarif mit je 2½, 5 und 7½ Proz. Abzug. Für Stockholm bedeutet die Ein-

führung des Reichstarifs eine Lohnerhöhung von 12 resp. 10 Proz. Die andern Ortsgruppen sind dabei bedeutend besser gefahren. Danach ist der Minimallohn für Stockholm 30 resp. 20 Kronen. Außerdem sind Teuerungszulagen von 20 bis 25 Prozent bewilligt. Da diese aber völlig unzureichend sind, so hat der Vorstand 100 Proz. beantragt. Seit April 1918 ist in allen 18 Abteilungen der Reichstarif eingeführt, was als ein großer Fortschritt zu betrachten ist, denn jetzt kann der Verband auf einer einheitlichen Linie vorwärts schreiten. Der Verband zählte am 31. Dezember 1917 2123 Mitglieder. Aber dies ist bloß eine Etappe, denn noch sind viele Mitglieder in der Karton-, Tüten- und Kuvertindustrie zu gewinnen, und dann wird der Verband 5000 Mitglieder umfassen.

Nunmehr nahm H. Branting das Wort zu seiner Festrede.

Anwesend waren zur Festfeier Vertreter von der Landesorganisation der Gewerkschaften, von der Zeitung „Socialdemokraten“ und vom Arbeitgeberverein.

Adressenänderungen.

Adressen der Bevollmächtigten und der Kassierer.
B. = Bevollmächtigter. K. = Kassierer.
Duisburg-Ruhrort. B. u. K.: S. Häfer, Duisburg, Sternbuschweg 78.
Krefeld. B.: F. Bauer, Garnstr. 59. K.: L. Busch Herderstr. 7.

Briefkasten.

B. M. in der Ukraine. Den Abdruck Deines ersten Briefes haben wir immer wieder wegen Raum Mangels aufschieben müssen, doch hat er endlich in der vorliegenden Nummer seinen Platz gefunden. Inzwischen ist schon Dein zweiter Brief eingetroffen, und da er wie der erste unsere Leser interessieren dürfte, wird er demnächst gleichfalls zum Abdruck kommen. Besten Dank und freundliche Grüße. — H. L. in Lothringen. Ihren Brief haben wir erhalten und gebeten ihn zum Abdruck zu bringen, doch müssen Sie sich wegen des Raum Mangels etwas Geduld fassen. Dank und Gruß.

Zahlstelle Regensburg.

Nach fast zweijährigen schwerem Kungenleiden verschied am 8. Mai 1918 unser langjähriger treuer Mitglieb, der Buchbinder

Josef Glöztl

von Regensburg im Alter von 88 Jahren.

Ehre seinem Andenken!
Die Ortsverwaltung.

Nachruf.

Am 9. Mai fiel auf dem westlichen Kriegsschauplatz bei Baileul im Kampfe fürs Vaterland unser langjähriger Vertrauensmann, der Kollege

Joseph Hummel.

Alle, die ihn kannten, wissen was wir in ihm verloren, wir werden stets seiner in Ehren gedenken.

Die Kollegen und Kolleginnen der Firma Gebr. Tönnies, Düsseldorf.

Sortimenter Fertigmacher Deckenmacher Presser

für dauernde Beschäftigung gesucht.
Julius Hager, Großbuchbinderei,
Leipzig, Breitkopffstr. 9.



Divid

neuestes, schönst. Unterhaltungs-
Spiel. Höchst lehrreich, unterhaltend
und anregend für Kinder u. Erwach-
sene. Bietet größte Abwechslung u.
ermöglicht tausende versch. Spiele.
Engrospreis: 8 Dgd. 6 Dgd. 12 Dgd.

„11.“ — 10/10. —
Bei 100 bis 1000 Dgd. Preis auf
Anfrage. Versand geg. Nachnahme.
Prospalte gratis.

Versandhaus Germania
Weissenburg bei Nürnberg.
Postfachkonto Nürnberg 5255.

Linierer

für Rollenmaschine
in dauernde Stellung sucht
Winkelmann, Berlin, Hausvogteipl. 11 a.

Abhilfe des Leimmangels

durch
meine Heißleime.

Einzig wirklich brauchbarer Ersatz für
Lederleime unter Garantie für Haltbar-
keit. Für jede Branche geeignet.

Streckmittel (Surrogat)

in weißem Ton. Kein Kaltleim oder
sonst unbrauchbares Zeug. Handmuster
geg. Einseid. von 1.— M. in Brief-
marken. Postfakti gerne zu Diensten.

Kaltleime

in hell und dunkel.

E. Bostel, Göppingen,
Leim und Klebstoffe.

Schneldl. weißbuchen, empf. J. Sabel,
Erfeld, Gesundheitsstr. 74

Krätze

entfehlt Zeit-Gautjuden gehill
in 2 Lg. o. Schriftst. 100000 l.
beim. Monatl. Ab. 100 Heilber.
Wichtigste Preile. Verlorenz. ang.
„Salus“, Berlin N. 81/81
Ueberrückstr. 9.

Tücht. Buchbinder-Gehilfen

ein

Goldschnittmacher

ein

tüchtiger Beschneider

werden dringend notwendig gesucht

Th. Knaur, Grossbuchbinderei,

Leipzig, Täubchenweg.

Zahlstelle Berlin.

Freitag, den 31. Mai 1918, abends 6 Uhr,
im Saal 1 des Gewerkschaftshauses, Engelufer 15:

Generalversammlung.

Tagesordnung:

1. Geschäfts- und Kassenbericht vom 1. Quartal 1918.
2. Verbandsangelegenheiten.
3. Verschiedenes.

Die Versammlung wird pünktlich eröffnet. Zahlreichen Besuch erwartet

Die Ortsverwaltung.

Papierabfälle

wie Zeitungen, Papierspäne, Druckereiabfälle laufend
zu kaufen gesucht.

Anfragen:

Nathan Nussbaum, Hannover, Fernruf Nord 7409.

Deutschlands Industrien und Deutschlands Handel

kleben nur noch mit

Wiril Klebstoffen

(D. R. P. a.)

Glänzende Begutachtungen.

Lieferanten für Heeresverwaltungen, Behörden, Rüstungs- und kriegs-
wichtigen Betrieben etc. etc.

Muster mit Angabe der Verwendungsart von 5 Kg. gern zu Diensten.

Chemisch-technische Werke Willybald Richter

Telegramm-Adresse: Wirilwerke, Leipzig, Querstrasse 4—6.
Telephon 3049.

J. Stellmacher, Christbaumschmuck-Fabrik,

Steinheid S.-M.

offeriert

Staniollamettaersatz

ca. 5 u. 10 Gr. Inh. zu Mk. 16,—, bzw. Mk. 30,— p.%, Netto Kassa
gegen sofortige Bestellung. Bei größeren Posten Rabatt.